

Eine Frage des Massstabs — wie gross ist der Schweizer Staat wirklich?

Timothy Hopp, Joel Gysel MA, Dr. Marco Portmann und Prof. Dr. Christoph A. Schaltegger

Inhaltsverzeichnis

Executive Summary	II
1 Einleitung	1
2 Eine Betrachtung des Zählers	4
2.1 Staatsausgaben vs. Staatseinnahmen	4
2.2 Was zählt zu den Staatsausgaben und -einnahmen?	6
3 Eine Betrachtung des Nenners	8
3.1 BIP vs. NIP	8
3.2 BIP vs. BNE	11
4 Fazit	15
5 Literaturverzeichnis	17

Executive Summary

Der Schweizer Staat gilt gemeinhin als schlank: Mit einer Staatsquote von **33.4 %** des Bruttoinlandsprodukts (BIP) verzeichnet die Schweiz 2023 nach Irland den zweittiefsten Wert unter den EU-/EFTA-Staaten. Doch wie gross der staatliche Fussabdruck tatsächlich ist, hängt davon ab, wie man ihn misst und womit man ihn vergleicht. Je nach Massgrösse fällt er deutlich grösser aus, als die obengenannte Staatsquote – die meistzitierte Kennzahl – nahelegt.

Der Zähler der klassischen Staatsquote betrachtet die Staatsausgaben. Da Bund, Kantone und Gemeinden seit der Jahrtausendwende überwiegend ausgeglichene Haushalte ausweisen, könnte man annehmen, es spiele keine Rolle, ob man die Ausgaben- oder die Einnahmenseite betrachtet. Der Blick auf die Zahlen zeigt indes ein anderes Bild: Die Staatsausgabenquote lag 1995 bei 33.4 % und 2024 bei 33.6 % – nahezu unverändert. **Die Staatseinnahmenquote stieg jedoch im gleichen Zeitraum von 31.5 % auf 34.2 % des BIP.** Die ausgeglichenen Haushalte sind damit weniger das Ergebnis von Ausgabendisziplin als von wachsenden Einnahmen.

Der Zähler erfasst zudem nur, was dem Staat im engen Sinn zugerechnet wird. Staatsnahe Unternehmen bleiben aussen vor, ebenso Beiträge an Pensionskassen sowie Kranken- und Unfallversicherungen. Für den Ausschluss gibt es durchaus Argumente: Einzahlungen in die Pensionskasse etwa fliessen grösstenteils zeitversetzt an den Einzahler zurück. Richtet man den Blick darauf, wie viel wirtschaftliche Aktivität staatlich organisiert ist oder auf Pflichtabgaben beruht, ergibt sich eine **erweiterte Staatsquote von rund 46 % – staatsnahe Unternehmen noch nicht eingerechnet.**

Auch der Nenner der Staatsquote – die Wirtschaftsleistung – lässt sich unterschiedlich fassen. Das BIP misst die Produktion auf Schweizer Boden – einschliesslich des Beitrags von Grenzgängern und Firmen in ausländischem Besitz. Deren Einkommen und Gewinne werden jedoch nur teilweise in der Schweiz besteuert, und sie sind mobil: Verändert sich die relative Attraktivität der Schweiz, verändern sich auch die daraus fliessenden Steuereinnahmen. Zugleich nehmen Grenzgänger die vom Schweizer Staat bereitgestellten Leistungen nur in geringem Umfang in Anspruch. Die klassische Staatsquote setzt die Staatsausgaben damit ins Verhältnis zu einer Wertschöpfung, die zu einem Teil von Personen erbracht wird, die kaum staatliche Leistungen beanspruchen. Sie sagt entsprechend wenig darüber aus, wie viel Staat sich die Inländer gemessen an ihrem eigenen Einkommen leisten.

Das Einkommen der Inländer wird erfasst durch das **Bruttonationaleinkommen (BNE)**, das sämtliche Primäreinkommen der Inländer einschliesst – unabhängig davon, wo sie erzielt werden. Während die Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP zwischen 1995 und 2024 mit 0.2 Prozentpunkten kaum gestiegen sind, **legten sie im Verhältnis zum BNE um 1.9 Prozentpunkte zu – rechnerisch das 9.5-Fache.**

Kaum je thematisiert wird in der öffentlichen Debatte zudem der Brutto-Charakter des BIP. Ein Teil des BIP muss jeweils für Ersatzinvestitionen aufgewendet werden, um den Kapitalstock zu erhalten – dies umfasst beispielsweise die Erneuerung einer Maschine in der Produktion oder eine Strassensanierung. Dieser laufende Wertverzehr des Kapitalstocks wird in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung als Abschreibung erfasst. Für die Wohlfahrt entscheidend ist das Nettoinlandsprodukt (NIP), welches dem BIP minus Abschreibungen entspricht. Die Schweiz weist im EU/EFTA-Vergleich die zweithöchste Abschreibungsquote auf – die Kluft zwischen BIP und NIP ist für sie entsprechend gross. **Bezogen auf das NIP lag die Staatsquote 2023 bei 43.6 % statt 33.4 %.** Der Staat kostet gemessen am effektiv konsumierbaren Teil der Wertschöpfung also deutlich mehr, als jene Betrachtung andeutet, die sich allein auf das BIP abstützt. Zwischen 1995 und 2023 stieg die NIP-basierte Staatsquote zudem um 1.3 Prozentpunkte, während die BIP-basierte Staatsquote im gleichen Zeitraum praktisch stagnierte (0.0 Prozentpunkte). Weichenrieder (2026) hat diesen Punkt jüngst in einer einflussreichen Publikation betont und für Deutschland entsprechende Berechnungen vorgestellt.

Die verschiedenen Masszahlen verwandeln die Schweiz nicht vom Musterschüler zum Sorgenkind. Sie zeigen aber, dass **eine sorglose Verwendung der Staatsquote als finanzpolitischer Autopilot nicht angebracht ist:** Die klassische Staatsquote tendiert dazu, den staatlichen Fussabdruck und dessen Dynamik zu unterschätzen. Für eine umfassende und realistische Einschätzung gilt es deshalb, auch andere Indikatoren wie das NIP und das BNE zu berücksichtigen.

1. Einleitung

Der Schweizer Staat ist vergleichsweise klein. Das zumindest legt die Staatsquote nahe, jene Kennzahl, die Politiker und Ökonomen typischerweise verwenden: 33.4 % des Bruttoinlandsprodukts¹ – der zweittiefste Wert unter den EU-/EFTA-Staaten (siehe Abbildung 1.1). Doch was misst diese Quote eigentlich? Das Regelwerk der Vereinten Nationen zur Berechnung der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, auf dem auch die Staatsquote beruht, umfasst über 700 Seiten (United Nations 2025). Die Details kennt kaum jemand. Meist wird einfach vorausgesetzt, dass die Zahl den staatlichen Fussabdruck misst.

Formell wird die Staatsquote wie folgt berechnet:

$$\text{Staatsquote} = \frac{\text{Staatsausgaben}}{\text{BIP}} \quad \begin{array}{l} \leftarrow \text{Zähler} \\ \leftarrow \text{Nenner} \end{array}$$

Im Zähler misst die Staatsquote die Grösse des Staates, im Nenner die Wirtschaftskraft eines Landes. Beide Grössen werfen bei genauerer Betrachtung Abgrenzungsfragen auf.

Im Zähler ist nicht immer klar, wo die Grenze zwischen Staat und Privatwirtschaft verläuft. Sollen etwa staatliche Unternehmen wie die Post, die SBB oder die zahlreichen kantonalen und kommunalen Energieversorger berücksichtigt werden? Hinzu kommt: Üblich ist der Blick auf die Ausgabenseite – die Grösse des Staates lässt sich aber ebenso über die Einnahmen und die Neuverschuldung erfassen.

Während der Zähler in der wirtschaftspolitischen Debatte regelmässig diskutiert wird, bleibt der Nenner meist unhinterfragt. Eine Ausnahme bildet Weichenrieder (2026): Er weist darauf hin,

¹Wir verwenden für die Staatsquote Eurostat-Daten (ESA-2010-Rechnungslegung). Sie liegen für alle verglichenen Länder auf einheitlicher, periodengerechter Grundlage vor und sind mit dem im Papier verwendeten BIP/NIP konsistent. Für die Schweiz gibt es daneben zwei weitere offizielle Statistiken der Eidgenössischen Finanzverwaltung (EFV): die Finanzstatistik (FS-Modell, HRM2/NRM) für die inländische Budget- und Rechnungssteuerung sowie das international ausgerichtete GFS-Modell nach dem Government Finance Statistics Manual des IWF (GFSM 2014), auf dem die IWF-Werte beruhen. Die IWF-Werte weichen von den hier verwendeten Eurostat-Zahlen leicht nach unten ab. Grund ist der Konsolidierungsumfang: Das ESVG 2010 konsolidiert zwischen verschiedenen Staatsebenen nur Vermögenseinkommen sowie laufende Transfers und Vermögenstransfers, nicht aber Steuern oder Käufe/Verkäufe zwischen ihnen (ESA 2010, Kap. 20). Das GFSM 2014 konsolidiert zusätzlich auch diese Positionen (GFSM 2014, Ziff. 3.152–3.168), was die IWF-Werte tiefer ausfallen lässt.

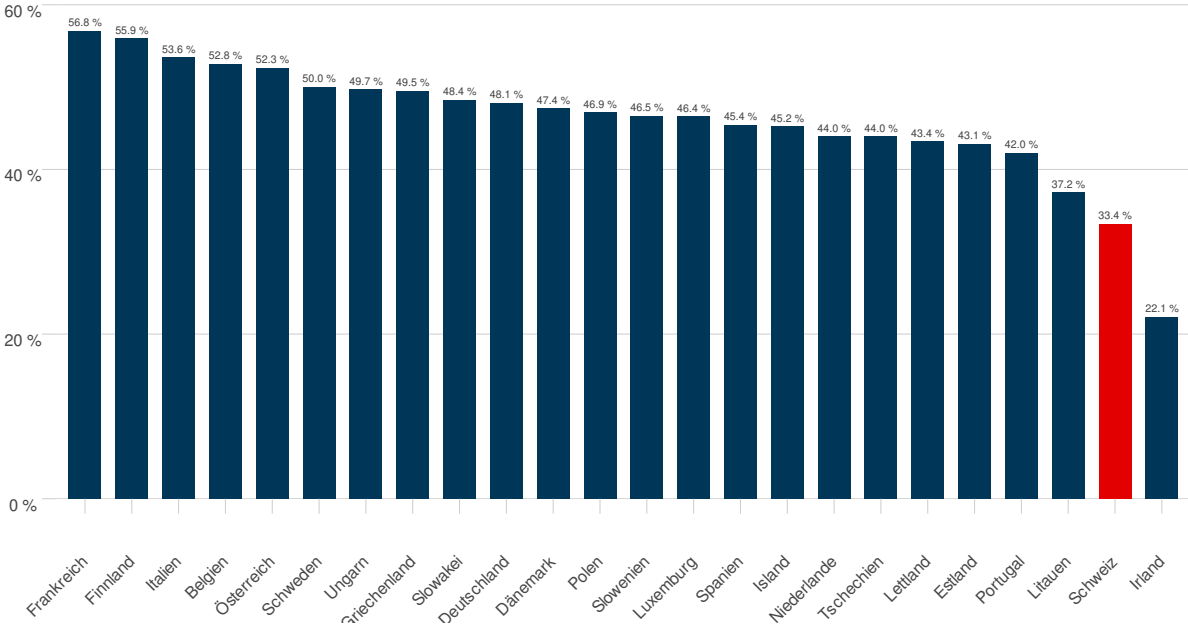
dass das BIP eine Brutto-Grösse ist. Es umfasst auch jene Ersatzinvestitionen, welche die Wirtschaft zum Erhalt der Produktionskapazität erbringen muss – kurz: die Abschreibungen². Diese sind zwar notwendig, aber nicht konsumierbar und stehen für staatliche Leistungen nicht zur Verfügung, ohne dass die wirtschaftliche Substanz angegriffen würde. Das blosses Abstützen auf die BIP-Zahlen verzerrt die tatsächliche Lage. Der deutsche Ökonom Alfons J. Weichenrieder plädiert deshalb dafür, das BIP um die Abschreibungen zu bereinigen und stattdessen das Nettoinlandsprodukt (NIP) heranzuziehen. Für Deutschland zeigt er, dass das BIP wegen steigender Abschreibungen schneller wächst als das NIP – BIP-basierte Staatsquoten unterschätzen damit Gewicht und Wachstumsdynamik des Staates systematisch.

Wie sieht dies für die Schweiz aus? Sie wurde im Papier von Weichenrieder nicht untersucht. Wir nehmen dies zum Anlass und gehen in diesem Policy Paper der Frage nach, wie gross der staatliche Fussabdruck in der Schweiz ausfällt – und wie stark er wächst –, wenn man ihn mit verschiedenen Konzepten misst. Es zeigt sich: Sowohl der Fussabdruck als auch seine Dynamik fallen grösser aus, als die klassische Staatsquote nahelegt.

Das Policy Paper ist wie folgt gegliedert. In Kapitel 2 nehmen wir den Zähler unter die Lupe. Wir messen den Staat sowohl an seinen Ausgaben als auch an den Einnahmen und fragen, wo die Grenze zwischen staatlicher und privater Sphäre verläuft – und was die Grenzziehung für den gemessenen Fussabdruck bedeutet. In Kapitel 3 wenden wir uns dem Nenner zu und stellen dem BIP das Nettoinlandsprodukt (NIP) und das Bruttonationaleinkommen (BNE) gegenüber.

²Der Begriff ist volkswirtschaftlich zu verstehen: In der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bezeichnet die Abschreibung (*consumption of fixed capital*) den Wertverzehr des Kapitalstocks zu laufenden Wiederbeschaffungspreisen und damit jenes Investitionsvolumen, das zur Erhaltung des Kapitalstocks nötig wäre (United Nations 2025).

Abbildung 1.1: Staatsausgabenquote in % des BIP, 2023



Quelle: Eurostat (2026a).

2. Eine Betrachtung des Zählers

Der Zähler misst den Umfang des Staates. Wie gross dieser Umfang ausfällt, hängt von zwei Entscheidungen ab: ob man ihn an den Ausgaben oder den Einnahmen und der Verschuldung misst – und wo man die Grenze zwischen Staat und Privaten zieht.

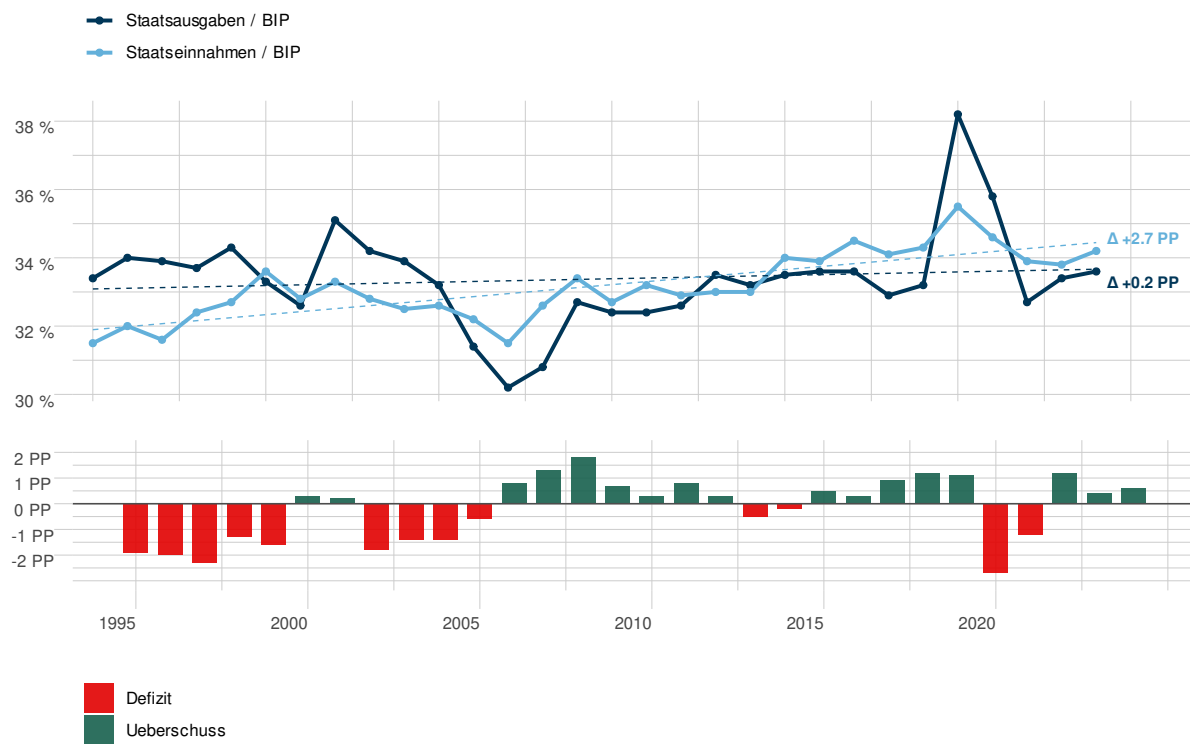
2.1 Staatsausgaben vs. Staatseinnahmen

Üblich ist der Blick auf die Ausgabenseite – und damit auf die Aktivität des Staates. Die Einnahmenseite dagegen zeigt, was diese Aktivität die Bürger kostet – sofern die Rechnung nicht über Verschuldung an künftige Steuerzahler weitergereicht wird. Dafür gibt es zwei Masse, die sich nur im Umfang unterscheiden. Die Fiskalquote erfasst Steuern und Sozialversicherungsabgaben; die Staatseinnahmenquote zusätzlich alle übrigen Einnahmen – Gebühren etwa, Vermögenserträge wie die Gewinnausschüttung der SNB oder Bussen.

Abbildung 2.1 zeigt für die Schweiz den Verlauf der Staatsquote und der Staatseinnahmenquote seit 1995. Im unteren Teil der Abbildung wird ersichtlich, dass die öffentlichen Haushalte um die Jahrtausendwende mit anhaltenden Haushaltsdefiziten zu kämpfen hatten. Als Reaktion darauf setzte der Bund zwischen 1998 und 2006 unter unterschiedlichen Namen mehrere Spar- und Stabilisierungsprogramme um. Zusätzlich folgte 2001 die Verankerung der Schuldenbremse in der Bundesverfassung. Eine vergleichbare Entwicklung zeigte sich bei den Kantonen. Während 1995 erst vier Kantone eine Schuldenbremse kannten, waren es 2010 bereits 17 Kantone (Burret und Feld 2018). Wie der obere Teil der Abbildung zeigt, ging die Ausgabenquote ab 2000 zurück; die Konsolidierungsmassnahmen dürften dazu beigetragen haben. Seit 2008 ist die Ausgabenquote wieder im Steigen begriffen und lag zuletzt (2024) mit 33.6 % fast auf demselben Niveau wie 1995. Während die Ausgabenquote seit 1995 nahezu konstant blieb (+0.2 Prozentpunkte), sind die Staatseinnahmen kontinuierlich gestiegen von 31.5 % des BIP im Jahr 1995 auf 34.2 % im Jahr 2024 (+2.7 Prozentpunkte). Wäre die Staatseinnahmenquote auf dem Niveau von 1995 bei 31.5 % geblieben, hätte der Staat 2024 Einnahmen von 269 Mrd. Franken erzielt. Tatsächlich lagen die Einnahmen aber bei 292 Mrd. Franken – das heisst, der Anstieg der Staatseinnahmenquote entsprach allein im Jahr 2024 zusätzlichen Einnahmen von 23 Mrd. Franken.

Der Anstieg der Staatseinnahmen mag überraschen angesichts der Tatsache, dass die Kantone und Gemeinden seit 1995 ihre Steuersätze für juristische und natürliche Personen teils markant

Abbildung 2.1: Schweiz: Staatsausgaben und Staatseinnahmen am BIP, mit Haushaltssaldo, 1995–2024



Quelle: Eurostat (2026a).

gesenkt haben (ESTV 2025). Er zeigt aber auf, dass Effekte wie die kalte und warme Progression¹ sowie steigende Staatseinnahmen aus anderen Quellen – beispielsweise der Mehrwertsteuer oder den Sozialversicherungsabgaben – den Rückgang der Steuersätze mehr als kompensiert haben.

2.2 Was zählt zu den Staatsausgaben und -einnahmen?

Die in der vorherigen Abbildung gezeigten Staatsausgaben- und -einnahmenquoten widerspiegeln nicht die kompletten Ausgaben und Einnahmen des Staates. Dies hat primär zwei Gründe. Erstens werden die obligatorischen Krankenkassen, Unfallversicherungen und Pensionskassen bei den Staatsausgaben und -einnahmen nicht berücksichtigt, da diese Unternehmen gemäss den Sektorisierungsprinzipien des Europäischen Systems Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG) in der Schweiz zu den öffentlichen oder privaten Unternehmen zählen (Eidgenössische Finanzverwaltung 2024). Die Ausgaben der Pensionskassen beliefen sich im Jahr 2023 auf 7.7 % des BIP, diejenigen der Krankenkassen² 3.9 % und diejenigen der Unfallversicherungen 0.9 % des BIP. Ein Einbezug dieser Sozialversicherungen würde die Staatsquote von 33.4 % auf 45.9 % erhöhen. Im Vergleich zu unseren Nachbarländern – wo diese Sozialversicherungen bereits in den offiziellen Zahlen enthalten sind – verringert sich dadurch der Unterschied in der Staatsquote (CH: 45.9 %, DE: 48.1 %, AT: 52.3 %, IT: 53.6 %, FR: 56.8 %).

Zweitens werden viele Institutionen in Staatsbesitz bei den Staatsausgaben und -einnahmen nicht berücksichtigt. Gemäss den Sektorisierungsprinzipien des ESGV werden Institutionen dem Staat nicht zugerechnet, wenn die Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit mehr als 50 % der Kosten decken. Entscheidend sind also nicht die Besitzverhältnisse, sondern die Finanzierung. Als Folge davon sind beim Bund etwa die FINMA, die Post, die SBB und die SRG nicht Teil der offiziellen Statistik. Bei Kantonen und Gemeinden betrifft dies Kantonalbanken, Energieunternehmen und weitere Institutionen im Staatsbesitz. Der genaue Umfang des staatlichen Fussabdrucks ist schwer zu beziffern, und die Abgrenzung zwischen Staat und privat ist teilweise eine Frage der Definition (Portmann, Blümel und Schaltegger 2025). Illustrativ können die Zusammenhänge aber beim Bund aufgezeigt werden: Gemäss offizieller Statistik erzielte der Bund 2024 Erträge

¹ Als **kalte Progression** wird eine indirekte Steuererhöhung infolge von Inflation bezeichnet. Die Inflation führt zu nominell höheren Löhnen. Da der Lohn höher ist, rutscht man in einem progressiven Steuersystem in eine höhere Progressionsstufe und zahlt mehr Steuern, trotz gleichbleibender Kaufkraft. Der Bund und die Kantone gleichen die kalte Progression bei den Einkommenssteuern aus (Wyssmann 2024).

Als **warme Progression** wird eine indirekte Steuererhöhung infolge des realen Lohnwachstums – also von Lohn-erhöhungen über die Teuerung hinaus – bezeichnet. In einer wachsenden Wirtschaft wachsen typischerweise auch die Löhne. Dadurch rutschen die Steuerzahlenden in einem progressiven Steuersystem in eine höhere Progressionsstufe. Der Anteil des Steueraufkommens an der gesamten Lohnsumme einer Volkswirtschaft nimmt somit über die Zeit zu. Im Gegensatz zur kalten Progression wird die warme Progression nicht automatisch ausgeglichen.

² Da die Prämienverbilligungen bereits Teil der regulären Staatsausgaben sind, dürfen nur die um die Prämienverbilligungen bereinigten Ausgaben der Krankenkassen zur Staatsquote hinzugerechnet werden – andernfalls käme es zu einer Doppelzählung. Analog stecken die Arbeitgeberbeiträge von Bund, Kantonen und Gemeinden an Pensionskassen und Unfallversicherungen ihrer Angestellten bereits im staatlichen Personalaufwand – die Addition der vollen PK-/UV-Ausgaben enthält damit eine weitere kleine Doppelzählung, für die hier nicht korrigiert wurde.

von 89 Mrd. Franken. Gemäss konsolidierter Rechnung des Bundes, in der auch Unternehmen berücksichtigt werden, die sich ganz oder mehrheitlich in Bundesbesitz befinden, erzielte der Bund 2024 Erträge von 167 Mrd. Franken. Die breiter gefasste Statistik weist beim Bund also um 87 % höhere Erträge aus. Illustrativ zeigen sich die Zusammenhänge auch bei der staatlichen Beschäftigung. Gemäss der Schätzung von Portmann, Blümel und Schaltegger (2025) betrug die Beschäftigung beim Staat und bei öffentlichen Unternehmen und Instituten im Jahr 2022 rund 745'000 Vollzeitäquivalente – oder rund 17.3 % aller Vollzeitäquivalente in der Schweiz. Rühli und Hutter (2024) rechnen ausserdem Beschäftigte von an sich privaten Unternehmen hinzu, die unter staatlicher (Teil-)Kontrolle stehen oder deren Erträge aus staatlichen Quellen stammen. Mit dieser weiter gefassten Abgrenzung schätzen sie den Anteil der öffentlichen Beschäftigten an der Gesamtbeschäftigung auf 23 %.

3. Eine Betrachtung des Nenners

Für die Messung der Wirtschaftskraft eines Landes hat sich das BIP als Mass etabliert. Es zeigt den Wert aller innerhalb eines Jahres hergestellten Produkte und Dienstleistungen, die für die Endverwendung bestimmt sind. Wir stellen dem BIP nachfolgend zwei alternative Bezugsgrößen gegenüber. Das Nettoinlandsprodukt (NIP) erfasst jenen Teil der Wertschöpfung, der nach Abzug der Abschreibungen für Löhne, Dividenden und Staatstätigkeit zur Verfügung steht. Das Bruttonationaleinkommen (BNE) erfasst das Einkommen, das den Inländern innerhalb eines Jahres zufließt – unabhängig davon, wo es erwirtschaftet wird.

3.1 BIP vs. NIP

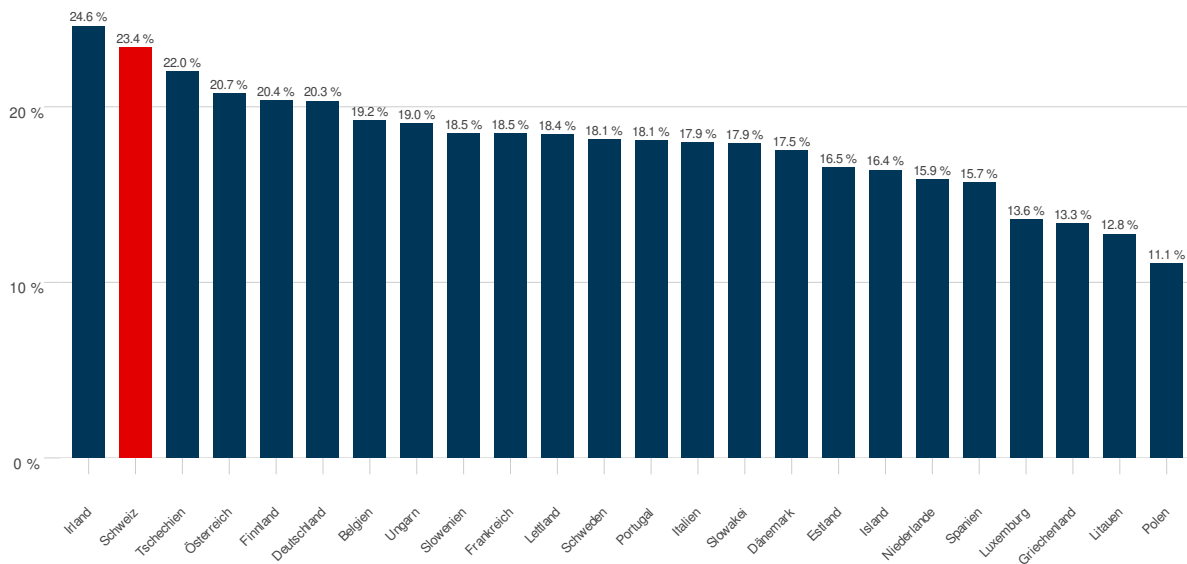
Das Bruttoinlandsprodukt misst die Wirtschaftsleistung brutto: Es enthält auch jene Investitionen, die den Verschleiss des Kapitalstocks ausgleichen – die sogenannten Abschreibungen. Nur durch beständige Investitionen in Maschinen, Gebäude, Strassen, Software etc. lässt sich sicherstellen, dass diese Mittel auch künftig für die Produktion zur Verfügung stehen. Zieht man die Abschreibungen vom BIP ab, gelangt man zum Nettoinlandsprodukt (NIP). Weil die Abschreibungen notwendig sind, steht nur das NIP für die Auszahlung von Löhnen und Dividenden sowie für die Finanzierung der Staatstätigkeit zur Verfügung. Nettomasse – also das NIP oder das Bruttonationaleinkommen (BNE) – spiegeln den materiellen Wohlstand einer Nation besser wider als die Bruttomasse BIP und BNE.

Zu diesem Schluss kommt auch die UNO im jüngsten Methodenbericht zum international anerkannten System der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (United Nations 2025, 25): “However, with the increased focus on (material) well-being and sustainability, it is increasingly recognized that net measures, which are more reflective of the actual costs borne in production, are conceptually superior to their gross counterparts.” Dass sich das BIP dennoch durchgesetzt hat, hat vor allem praktische Gründe: Abschreibungen sind schwieriger zu messen, weshalb historisch weniger international vergleichbare Zahlen vorliegen. Erst in den letzten zwei Jahrzehnten wurden vermehrt Anstrengungen unternommen, vergleichbare Daten bereitzustellen (ebenda).

Dieser Argumentation folgend plädiert Weichenrieder (2026) dafür, neben der klassischen Staatsquote auch das Verhältnis der Staatsausgaben zum NIP zu betrachten. Für Deutschland

zeigt er, dass sich die Staatsquote 2024 von 49.4 % auf 62.2 % erhöht, wenn die Staatsausgaben auf das NIP statt auf das BIP bezogen werden.

Abbildung 3.1: Abschreibungen am BIP im EU/EFTA-Vergleich, 2023



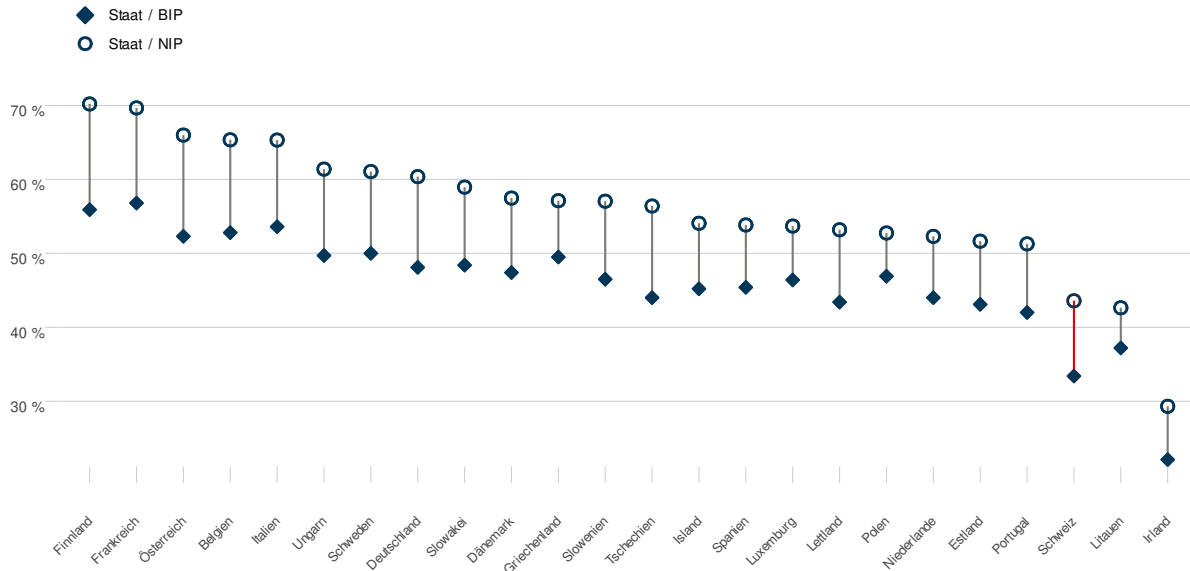
Quelle: Eurostat (2026b).

In der Schweiz werden 23.4 % des BIP für Abschreibungen aufgewendet. Wie Abbildung 3.1 zeigt, weist die Schweiz die zweithöchsten Abschreibungen im EU/EFTA-Vergleich auf. Die hohe Abschreibungsquote der Schweiz ist auf zwei strukturelle Faktoren zurückzuführen. Erstens verfügt die Schweiz über einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich grossen Kapitalstock, der entsprechend hohe laufende Abschreibungen erfordert (Busch, Nussbaumer und Wegmüller 2017). Zweitens fließen rund zwei Drittel der gesamten Investitionen in Ausrüstungen, wovon wiederum 40 % auf immaterielle Güter wie Forschung und Entwicklung (F&E) oder Software entfallen (Busch, Nussbaumer und Wegmüller 2017). Solche Investitionsgüter verlieren im Vergleich zu Bauinvestitionen rasch an Wert und müssen schnell abgeschrieben werden. Bezogen auf das NIP lag die Staatsquote 2023 bei 43.6 %, bezogen auf das BIP nur bei 33.4 %. Aus Abbildung 3.2 wird folglich ersichtlich, dass die Schweizer Staatsquote damit – als Folge der hohen Abschreibungen – stärker ansteigt als in vergleichbaren Ländern. Die Schweiz tauscht Platz zwei mit Litauen. Auch verringert sich bei dieser Betrachtung der Abstand zu Ländern wie Luxemburg oder den Niederlanden.

Im Zeitverlauf zeigt Abbildung 3.3, dass die Staatsausgaben im Verhältnis zum NIP um 1.3 Prozentpunkte angestiegen sind, während die Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP im selben Zeitraum praktisch stagnierten.

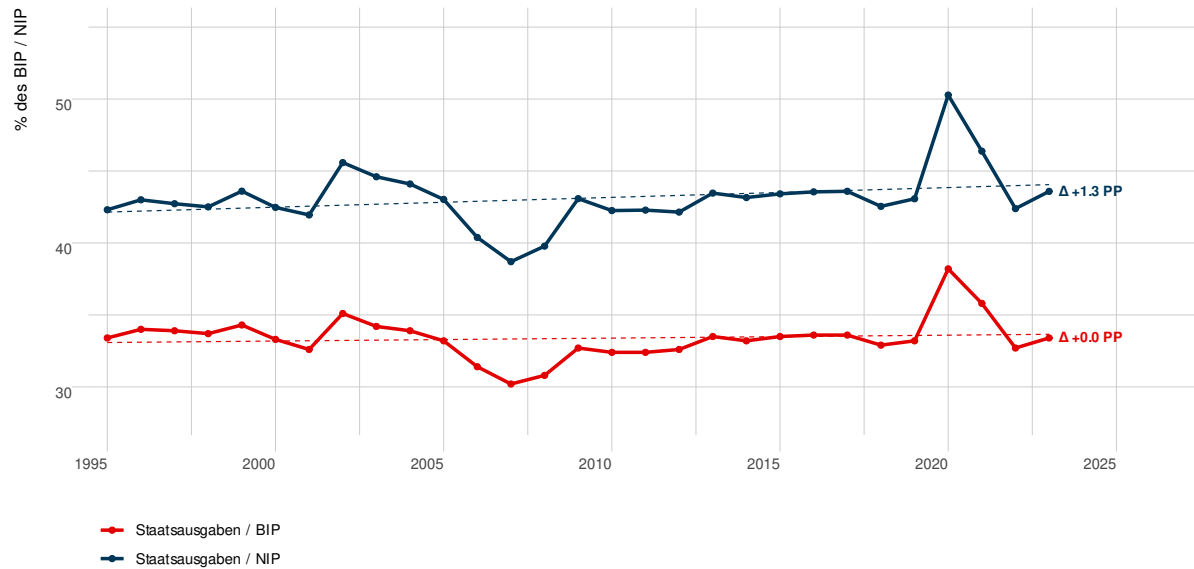
Für die Finanzierung staatlicher Leistungen steht letztlich nur jener Teil der Wirtschaftsleistung zur Verfügung, der nach Tätigkeit der Ersatzinvestitionen übrig bleibt. Zugleich muss auch der Staat seinen Kapitalstock – etwa die Verwaltungsgebäude, Schulen oder Strassen – erneuern. Für

Abbildung 3.2: Staatsquote auf BIP- vs. NIP-Basis im EU/EFTA-Vergleich, 2023



Quellen: Eurostat (2026b); Eurostat (2026a); World Bank (2026).

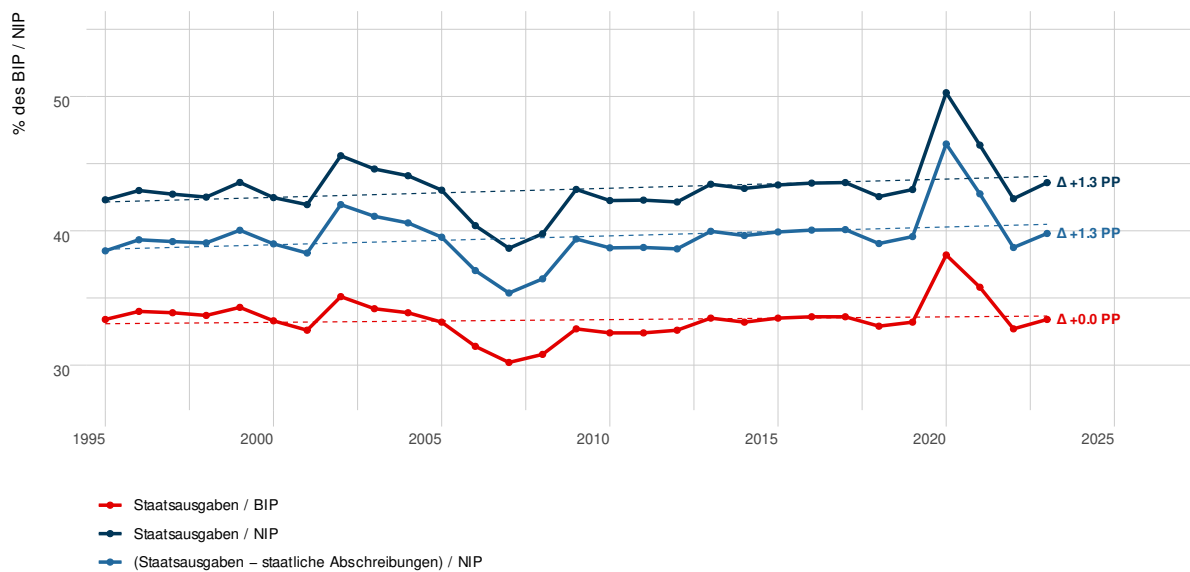
Abbildung 3.3: Staatsquote auf BIP- vs. NIP-Basis im Zeitverlauf 1995–2023



Quellen: Eurostat (2026b); Eurostat (2026a).

die Frage, welche gesellschaftlichen Ressourcen die Bereitstellung staatlicher Leistungen langfristig bindet, ist der Vergleich der gesamten Staatsausgaben inklusive der Ersatzinvestitionen mit dem NIP massgebend. Dennoch kann man die Frage stellen, wie sich die Staatsausgaben nach Abzug der staatlichen Abschreibungen (2023: 2.9 % des BIP) im Verhältnis zum NIP entwickelt haben. Für die Schweiz beträgt die entsprechende Staatsquote für das Jahr 2023 39.8 %. Wie zu erwarten, liegt dieser Wert zwischen der BIP-basierten (33.4 %) und der NIP-basierten Staatsquote ohne Abzug der staatlichen Abschreibungen (43.6 %, siehe Abbildung 3.4). Da der Abstand zwischen den beiden NIP-basierten Kurven über die Zeit bemerkenswert stabil blieb (rund 3.8 Prozentpunkte sowohl 1995 als auch 2023), weisen die NIP-basierten Staatsquoten mit und ohne Abschreibungen die gleiche Wachstumsdynamik auf.

Abbildung 3.4: Staatsquote auf BIP-, NIP- und um staatliche Abschreibungen bereinigter NIP-Basis im Zeitverlauf



Quellen: Eurostat (2026b); Eurostat (2026a).

3.2 BIP vs. BNE

Als zweite Alternative zum BIP kommt das Bruttonationaleinkommen (BNE) in Frage. Während das BIP die Wertschöpfung im Inland misst, misst das BNE das Einkommen, das den Inländern einer Volkswirtschaft zufällt, unabhängig davon, wo es erwirtschaftet wird.

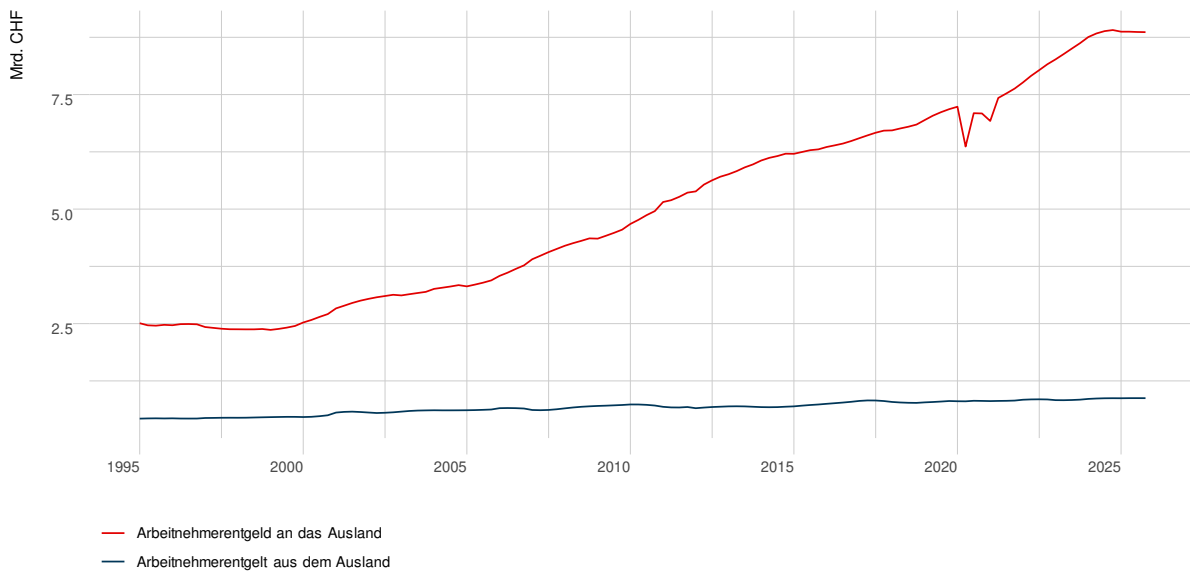
BIP und BNE stehen miteinander in folgender Verbindung:

$$\text{BNE} = \text{BIP}$$

- + Arbeitnehmerentgelt aus dem Ausland
- Arbeitnehmerentgelt an das Ausland
- + Vermögenseinkommen aus dem Ausland
- Vermögenseinkommen an das Ausland

Wie Abbildung 3.5 zeigt, sind die Arbeitseinkommen der Grenzgänger in der Schweiz seit 1995 deutlich stärker angestiegen als die Arbeitseinkommen von Inländern im Ausland. Dies ist primär auf die stark gestiegene Zahl von Grenzgängern zurückzuführen, die im Ausland wohnen, aber in der Schweiz arbeiten.

Abbildung 3.5: Arbeitseinkommen an und aus dem Ausland

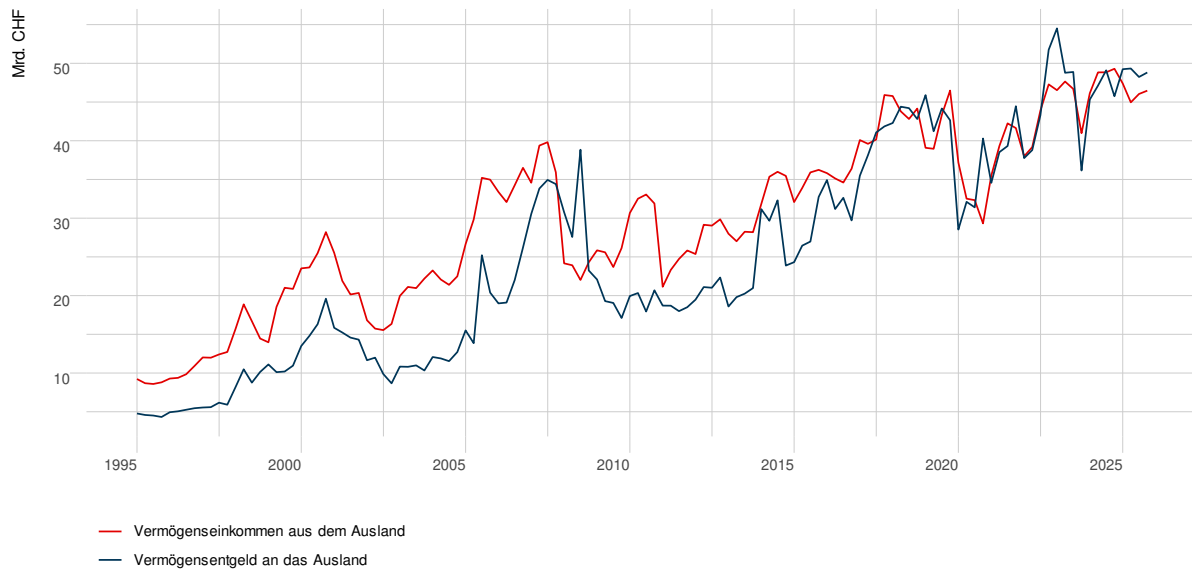


Quelle: SNB (2026).

Vermögenseinkommen aus dem Ausland entstehen dadurch, dass Inländer Kapital im Ausland anlegen und eine Rendite erzielen. Kapital im Ausland entsteht beispielsweise durch Direktinvestitionen, Wertpapierkäufe, Kredite oder auch Devisenreserven der SNB. Die Schweiz erzielt traditionell hohe Vermögenseinkommen aus dem Ausland, weil (i) institutionelle Anleger (Pensionskassen, Versicherungen) hohe Auslandvermögen halten, (ii) heimische Grosskonzerne weltweit Tochtergesellschaften halten und (iii) die SNB in ihrer Bilanz hohe Bestände an ausländischen Vermögenswerten hält. Ein Blick auf Abbildung 3.6 zeigt allerdings, dass die Vermögenseinkommen, welche das Ausland in der Schweiz erzielt, noch stärker angestiegen sind als die Vermögenseinkommen der Inländer im Ausland. Die Schweiz hat in den letzten Jahrzehnten ihre Attraktivität für

Unternehmen gewährt. Deren Gewinne können als Vermögenseinkommen ins Ausland fließen – an ausländische Muttergesellschaften oder Aktionäre.

Abbildung 3.6: Vermögenseinkommen an und aus dem Ausland

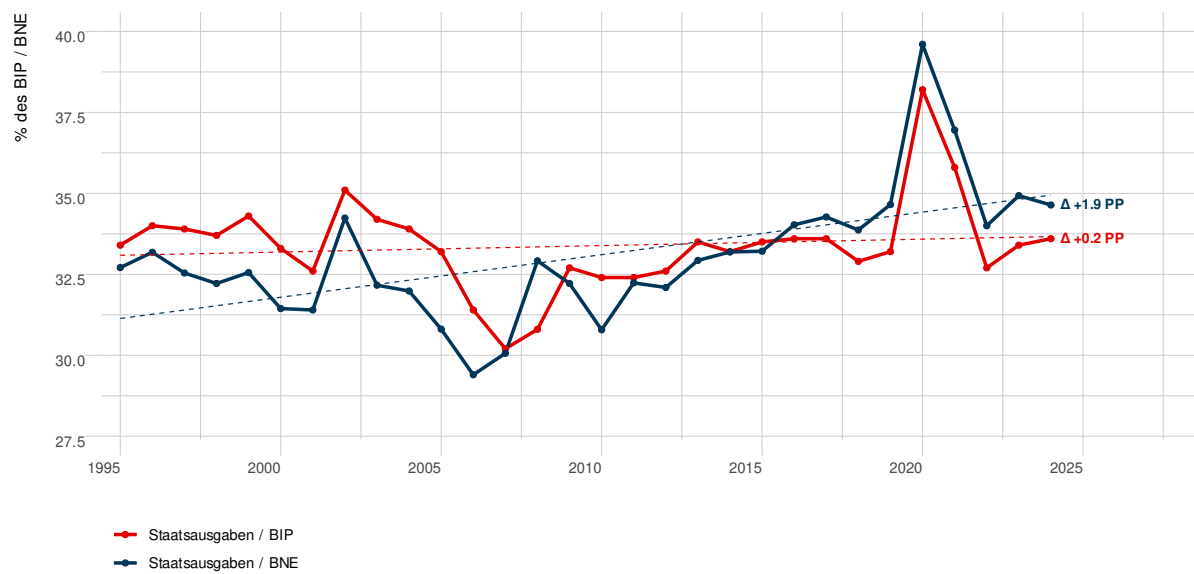


Quelle: SNB (2026).

Sowohl bei den Arbeitseinkommen als auch bei den Vermögenseinkommen sind die Zahlungen an das Ausland stärker gestiegen als die Einkünfte aus dem Ausland. Als Folge davon ist das Schweizer BIP stärker gewachsen als das BNE (siehe Abbildung 3.7). Entsprechend zeigt sich, dass der Staat im Verhältnis zum BNE stärker gewachsen ist, als dies im Verhältnis zum BIP der Fall ist. Im Jahr 1995 lagen die Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP bei 33.4 % und im Verhältnis zum BNE bei 32.7 %. Bis 2024 stiegen sie auf 33.6 % bzw. 34.6 % – ein Anstieg von 0.2 Prozentpunkten auf BIP-Basis gegenüber 1.9 Prozentpunkten auf BNE-Basis. Damit hat sich die Lücke zwischen den beiden Quoten seit 1995 kontinuierlich aufgebaut.

Welche Schlüsse können aus dem Vergleich der Staatsausgaben im Verhältnis zum BIP gegenüber dem Verhältnis zum BNE gezogen werden? Gemessen an der inländischen Wertschöpfung ist der Staat seit 1995 kaum gewachsen. Die inländische Wertschöpfung ist insofern relevant, als der Staat Erträge teilweise auch dann besteuern kann, wenn diese anschliessend ins Ausland fließen. So erhebt der Staat beispielsweise Gewinnsteuern bei Holdings in ausländischem Besitz und Grenzgänger leisten auf ihrem Lohn in der Schweiz Sozialversicherungsabgaben. Gleichzeitig deutet die gestiegene Staatsquote im Verhältnis zum BNE darauf hin, dass sich die Schweiz gegenüber den Einkünften der Inländer einen grösseren Staat leistet.

Abbildung 3.7: Staatsquote auf BIP- vs. BNE-Basis im Zeitverlauf



Quellen: SNB (2026); World Bank (2026).

4. Fazit

Um den staatlichen Fussabdruck zu messen, braucht es zwei Masse: eines für die Grösse des Staates und eines für die Wirtschaftskraft, an der man ihn misst. Wir haben im Rahmen dieses Policy Papers für beides verschiedene Masse unter die Lupe genommen. Wir gelangen zu vier zentralen Erkenntnissen:

Der politisch gesteuerte Fussabdruck entspricht rund der Hälfte des BIP

- Die klassische Staatsquote beträgt 33.4 %. Sie steigt unter Einbezug von Kranken- und Unfallversicherung sowie Pensionskassen auf 45.9 %. Der Einbezug staatlicher und staatsnaher Unternehmen würde die Zahl weiter erhöhen.
- Der Umfang der wirtschaftlichen Aktivität, die staatlich organisiert ist oder auf Pflichtabgaben beruht, ist damit wesentlich grösser, als die Staatsquote nahelegt.

Die Schweizer Ausgabendisziplin wird überschätzt

- Die Staatsausgabenquote lag 1995 bei 33.4 % und 2024 bei 33.6 %. Die Staatseinnahmenquote stieg im gleichen Zeitraum von 31.5 % auf 34.2 % des BIP.
- Schaut man auf den gesamten Zeitraum, lag der Fokus der Finanzpolitik nur während kurzer Phasen auf der Ausgabendisziplin. Meist sorgten wachsende Einnahmen für einen ausgeglichenen Staatshaushalt.
- Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob gemeinhin nicht ein verklärtes Bild von der Ausgabendisziplin in der Schweizer Finanzpolitik besteht – und damit auch die Fähigkeit überschätzt wird, bei zukünftigem Bedarf Austeritätspolitik zu betreiben.

Steigende Abhängigkeit von mobilen Produktionsfaktoren

- Im Verhältnis zum BIP nahmen die Staatsausgaben zwischen 1995 und 2024 um 0.2 Prozentpunkte zu, im Verhältnis zum BNE um 1.9 Prozentpunkte – rechnerisch das 9.5-Fache.
- Ein erheblicher Teil der Wertschöpfung stammt von Grenzgängern und ausländischen Unternehmen. Er lässt die Inländer wohlhabender erscheinen, als sie es gemessen an ihrem eigenen Einkommen sind – und den Staat kleiner, als er im Verhältnis zu diesem Einkommen tatsächlich ist. Zugleich tragen die Abgaben der Grenzgänger und Gewinnsteuern ausländischer Unternehmen wesentlich zur Staatsfinanzierung bei.

- Es stellt sich die Frage, ob daraus nicht wenig nachhaltige Begehrlichkeiten gegenüber dem Staat erwachsen. Denn verlässlich ist diese Finanzierungsquelle nicht: Die OECD-Mindeststeuer zeigt, wie rasch ein zentraler Standortvorteil – und damit ein Teil der heutigen Staatsfinanzierung – unter Druck geraten kann.

Hohe Abschreibungen führen zu kleinerer Nettowertschöpfung und verhältnismässig grösserem Staat

- Die Staatsquote gemessen am NIP fällt mit 43.6 % deutlich höher aus als die BIP-basierte Quote mit 33.4 %.
- Gemessen am Bruttoinlandsprodukt (BIP) ist die Staatsquote zwischen 1995 und 2024 praktisch unverändert geblieben (+0.2 Prozentpunkte bzw. +0.0 Prozentpunkte bis 2023, dem letzten Jahr mit verfügbaren NIP-Daten). Misst man sie am Nettoinlandsprodukt (NIP) – also am BIP abzüglich der Abschreibungen –, beträgt der Anstieg zwischen 1995 und 2023 dagegen 1.3 Prozentpunkte.
- Zum Erfolgsmodell der Schweizer Wirtschaft gehören Investitionen und Innovationen. Sie werden naturgemäss schnell abgeschrieben. Damit fliesst ein nicht zu vernachlässigender Teil der Wirtschaftsleistung in den Erhalt des Kapitalstocks.
- Zur Finanzierung des Staates bleibt damit ein im Verhältnis zum BIP international eher kleiner Anteil übrig. Dies ist bei länderübergreifenden Vergleichen zu berücksichtigen.

Die verschiedenen Masszahlen verwandeln die Schweiz nicht vom Musterschüler zum Sorgenkind. Sie zeigen aber, dass der Staat unter alternativen Messkonzepten grösser ausfällt als unter der klassischen Staatsquote – und dass er relativ zur Wirtschaft gewachsen ist, obwohl diese selbst kräftig zulegen.

5. Literaturverzeichnis

- Burret, Heiko T. und Lars P. Feld. 2018. (Un-)intended effects of fiscal rules. *European Journal of Political Economy* 52: 166–191. doi:10.1016/j.ejpoleco.2017.06.002 <https://www.sciencedirect.com/science/article/abs/pii/S0176268016301628>.
- Busch, Christian, Timothy Nussbaumer und Philipp Wegmüller. 2017. Investitionsschwäche in der Schweiz? *Die Volkswirtschaft*. <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2017/10/busch-11-2017/> (zugegriffen: 3. Juli 2026).
- Eidgenössische Finanzverwaltung. 2024. Finanzstatistik FAQ. Bern. <https://www.efv.admin.ch/de/finanzstatistik-faq> (zugegriffen: 17. Juli 2026).
- ESTV. 2025. Steuerfüsse, Abzüge und Tarife der Schweiz. Bern. <https://www.estv.admin.ch/de/steuerfuesse-abzuege-und-tarife-der-schweiz> (zugegriffen: 17. Juli 2026).
- Eurostat. 2026b. GDP and main components - Annual data: Dataset naida_10_gdp. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/naida_10_gdp/default/table?lang=en (zugegriffen: 21. Juli 2026).
- . 2026a. Main national accounts tax aggregates, general government revenue and expenditure: Dataset gov_10a_main. https://ec.europa.eu/eurostat/databrowser/view/gov_10a_main/default/table?lang=en (zugegriffen: 21. Juli 2026).
- Portmann, Marco, Frederik Blümel und Christoph A. Schaltegger. 2025. Staatliche und staatsnahe Beschäftigung in der Schweiz: Bericht 2025. Luzern. <https://www.iwp.swiss/paper/staatliche-und-staatsnahe-beschaeftigung-in-der-schweiz/text.pdf> (zugegriffen: 14. Juli 2026).
- Rühli, Lukas und Eveline Hutter. 2024. Der Schweizer Staat wächst. *Die Volkswirtschaft*. <https://dievolkswirtschaft.ch/de/2024/06/der-schweizer-staat-waechst/> (zugegriffen: 8. Juli 2026).
- SNB. 2026. Bruttoinlandprodukt nach Einkommensart und Bruttonationaleinkommen — nominal. <https://data.snb.ch/de/topics/uvo/cube/gdpgnp> (zugegriffen: 24. Juli 2026).
- United Nations, Hrsg. 2025. *System of National Accounts 2025*. New York: United Nations. <https://unstats.un.org/unsd/nationalaccount/sna.asp> (zugegriffen: 30. Juli 2026).
- Weichenrieder, A. J. 2026. Abschreibungen und die wachsende Kluft zwischen Brutto- und Nettoinlandsprodukt: Beitrag aus der Forschung zur Wirtschaftspolitik. *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 27, Nr. 2: 173–183. doi:10.1515/pwp-2025-0045.
- World Bank. 2026. GDP (current US\$): Indikator NY.GDP.MKTP.CD. <https://data.worldbank.org/indicator/NY.GDP.MKTP.CD> (zugegriffen: 28. Juli 2026).
- Wyssmann, Rémy. 2024. Automatischer Ausgleich der kalten Progression bei der Einkommens-

steuer für alle? Interpellation. Bern: Nationalrat. <https://www.parlament.ch/de/ratsbetrieb/suche-curia-vista/geschaeft?AffairId=20243108> (zugegriffen: 20. August 2026).